

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Konto: Hannover 57613 Der Abonnementspreis beträgt durch den Boten oder durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mark. — Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht angenommen. Verantw. für den Inhalt: Carl Schub, Bochum. Druck: J. Hankmann & Co., Bochum. Telefon-Nummern: 88, 89, 98. Geschäfts-Konto: Essen. . . 21171. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Altemlohner Straße 33-42. Telegramm: Arbeiterverband Bochum.

### Wann kommt Vernunft?

Verschiedene Gruppen in Frankreich sind es, die zur Gewaltpolitik gegen Deutschland treiben. Das gegen Deutschland, Angst vor ihm treibt die eine Gruppe vorwärts in ihrem Streben, Deutschland zu zerstückeln durch allfranzösische Imperialpolitik. Dieser Haß und diese Angst sind der waffenlosen deutschen Republik mit ihrer friedlich gesinnten Volksmehrheit gegenüber so unberechtigt wie nur irgend etwas in der Welt. Der Chauvinismus in Deutschland, ohnmächtig und absterbend, erhält aber durch nichts mehr neue Nahrung als durch die französische Gewaltpolitik. Streben nach wirtschaftlicher Beherrschung des Kontinents und des Weltmarktes treibt die andere Gruppe, eine Vereinigung von Ruhrkohle- und lothringischer Erze-Produktion in einem Riesenmontantrust unter französischer Vorherrschaft zu suchen. Diese Vereinigung an sich ist natürlich notwendig und unabwendbar; wenn sie in friedlicher Verständigung der Völker käme, wäre sie zu begrüßen. Die Gefahr für die Welt ist hier französisches Diktat, die Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse eine Verständigung deutscher und französischer Industrie-Gruppen, die ihre Konzerne auf der gemeinsamen Ausbeutung der Arbeiter aufbauen möchten. Verhandlungen in diesem Sinne sind vielfach gepflogen worden, das neue französische Gesetzbuch macht Mitteilungen über ein Stimmangebot, außerhalb der Reparationen Ruhrkohle gegen Wagnisse auszuhandeln, das von Poincaré abgelehnt worden sei. Um was es sich hier handelte, ist nicht genau bekannt geworden, die Gefahr einer volksfeindlichen Verständigung deutscher und französischer Industrie-Gruppen wird von der deutschen Industrie energisch bestritten; was hier werden könnte, erfordert die schärfste Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse.

Unser schaffendes Volk hat die durch den Krieg verursachte Demoralisation, hat die Zerrüttung seiner Wirtschaft in immer steigendem Maße zu überwinden gesucht. Die gefährlichsten Rückschläge bei den Wüsten von rechts und links wurden durch zunehmende Gemeinschaftsgefühl überwunden, soweit das schaffende, arbeitende Volk in Frage kam. Wir kennen alle die Vorwürfe gegen die Finanz- und Kapitalkräfte in Deutschland, die im Ausland den Glauben nähren, die Deutschen wollten keine Reparationen leisten. Wir wissen aus eigenem Meinungsaustausch mit Engländern, Belgiern und Franzosen, in welchem Umfang man dort die deutsche Industrie und Finanz der Sabotage der Erfüllungspolitik beschuldigt, die einer ernsthaften Verständigung hinderlich sei. Wir wollen diese Verständigung. Wir sind uns auch klar darüber, daß das Ruhrabenteuer nicht liquidiert werden kann, wenn nicht die kapitalkräftigen Kreise in Deutschland ganz anders zahlen und garantieren als bisher. Aber nichts hat eine solche Lösung der Reparationsfrage bisher mehr verhindert, als die Politik der Entente und die Verücktheiten der deutschen Delerados und Gewaltanbeter von ganz rechts und ganz links.

Auch heute wieder droht die Gefahr der völligen Zerrüttung der deutschen Wirtschaft durch Deleradospolitik im eigenen Lande. Die „Betrücker“, von denen Gehler sprach, die Gewalt mächtigen gegen die Franzosen, sind zahlreicher und gefährlicher als die Deffentlichkeit dies glaubt. Versprochen ist ihre rücksichtslose Unterdrückung durch die Reichsregierung, wir warten auf schnellste Einlösung dieses Versprechens!

Das Ausland hat keine Sympathie für ein Deutschland, das nicht ernsthaft seinen Willen zur Wiedergutmachung zeigt. Wir wollen diese gerechte Wiedergutmachung, aber nichts lähmt unsere Arme so sehr, als die Gewaltpolitik an der Ruhr! Nur mit Vernunft, nur in weltwirtschaftlichem Denken kann die große Frage des Friedens für Europa, für die Welt gelöst werden. Wenn Deutschland zahlen soll, muß es leben können!

Aber wie hat denn das deutsche Volk die letzten Jahre gelebt? Die Anbauflächen für wichtige Lebensmittel gingen erheblich zurück, von 1921 auf 1922 stieg die Weizenfläche von 15,9 auf 17,9 Prozent der Gesamtfläche. Dauerweiden und Grünland gab es in Preußen allein 1922 3 Proz. mehr als 1921 und 15 Proz. mehr als 1913. Schworbrache gab es 1922 241 Millionen Hektar oder 5 Proz. mehr als 1921 und 19 Proz. mehr als

1913! Das heißt, daß unsere Landwirtschaft mehr und mehr zu extensiver Wirtschaft übergeht, fruchtbares Ackerland zu Weide macht oder brach liegen läßt. Aber auch das würde nicht sein, wenn der gute Wille der deutschen Volksmehrheit benutzt worden wäre, um mit ihm zu einer Verständigung zu kommen und die Wirtschaft Deutschlands wieder aufzubauen.

Der Ernteertrag betrug im neuen deutschen Gebiet in Millionen Tonnen:

Jahr	Weizen	Roggen	Hafer	Gerste	Kartoffeln	Zuckerrüben
1913	4,06	10,23	8,72	3,05	41,77	13,70
1919	1,17	6,10	4,49	1,67	21,43	5,73
1920	2,25	4,93	5,83	1,79	27,85	7,94
1921	2,33	6,20	5,00	1,94	26,15	7,93
1922	2,90	5,35	4,13	1,04	39,25	10,82

Wenn man auch annehmen darf, daß die Getreideerträge größer sind als diese amtlichen Zahlen, weil unter der Zwangswirtschaft, bei der Getreideumlage usw. geschwindelt wird; die allgemeine Linie des bedeutenden Produktionsrückganges wird dadurch nicht beeinflusst. Die Folge ist die notwendige Nahrungsmittel- und Lebensmittelmangel, einerlei, wie hoch sie in deutschem Geld bezahlt werden müssen.

Die armen Leute leiden unter diesen Lasten am meisten. Nach amtlichen Zahlen (Jahrbuch „Wirtschaft und Statistik“) entfielen auf den Kopf der deutschen Bevölkerung in Kilogramm:

	1913	1920	1921
Brotgetreide	228,6	126	152,02
Kartoffeln	600,1	471	331,62
Fleisch	46,15	20	28,52

Im 3. Vierteljahr 1922 gingen die Schlachtungen auf 2,86 Mill. Toppelzinner zurück, über 3 Mill. Da weniger als 1913. Nicht halb so viel als 1913! Nicht den Reichen, sondern den Armen, Arbeitenden wurden diese Mengen entzogen! Eine u. G. viel zu günstige Schätzung von Defonomie-Rat Kaiser schätzte im Dezember 1922 den Milchverbrauch der Bevölkerung auf 85 Liter pro Jahr gegen 133 im Frieden. Wie sehr wäre die Industriebevölkerung, wenn diese Zahl richtig wäre!

Die Scheinblüte der deutschen Industrie darf über den ganz allgemeinen Rückgang nicht hinwegtäuschen. Nur weil der deutsche Arbeiter als Kuli für den Weltmarkt idustrierte, konnte diese Scheinblüte entstehen. Heute, bei einem Dollarkurs von 20 000 Mk., bei 40stenständiger Bewertung gegenüber dem Frieden, ist es schon so weit, daß auf der Leipziger Messe die Ausländer nicht mehr kaufen, weil die deutschen Waren zu teuer sind. Dabei verdient ein gutbezahlter Arbeiter in Deutschland vielleicht 1500 Mk. pro Stunde, während die holländische Arbeiter 6 Kronen oder 4000 Mk., der holländische 20 Cent bis 1 Gulden oder über 8000 Mk. pro Stunde verdient. Wie groß wird das Elend in Deutschland erst werden, wenn bei Markbesserung diese Löhne sich angleichen? Nach 1919 betrug die Einlöse der Sparfassen, auf Goldmark umgerechnet, 980 Mill., 1922 betrug sie im ersten Halbjahr 100, im ganzen Jahr vielleicht keine 150 Millionen! 1919 betrug die Zirkulation von Reichsbanknoten 33 Milliarden, heute weit über 300 Milliarden!

So könnte man ein Kapitel der deutschen Wirtschaft nach dem andern fernnehmen: überall dringt ein Elend ein, das entsetzt, das sich in Hunger und Not für die Armen ummünzt. Und diese Armen in unserem Lande leiden am meisten unter den Folgen der französischen Gewaltpolitik. Deshalb ist die Ermordung der Arbeiterklasse durch diese Gewaltpolitik so groß, weil sie Not und Elend für Millionen hungriger Menschen vergrößert und weil diese Methode keine Aussicht auf vernünftige Lösung der Streitfragen bietet.

Wir wissen nicht, zu welchen Experimenten die Franzosen sich noch treiben lassen, wie weit ihre Maßnahmen gegen die Bevölkerung des Ruhrgebietes noch gehen werden. Wir wissen nur: Gutwillia heissen wir uns keiner Gewalt! Die Arbeiterklasse wünscht Verhandlung und für vernünftige von weltwirtschaftlichem Denken getragene Verständigung wird sie kämpfen bis zum äußersten.

### Betriebsräte, Kommunisten und die Besetzung des Ruhrgebiets.

Es ist bekannt, daß die Besetzungsmacht im Ruhrgebiet von Anfang an erklärt hat, daß sie nicht beabsichtigt, den Gewerkschaften besondere Schwierigkeiten zu machen. Einheitslich ist dieser Wille natürlich nicht bei allen Franzosen, die an der Ruhrbesetzung interessiert sind. Wir kennen den Ausdruck eines französischen Industriemagnaten, der vor kurzem sagte:

„Unser Kampf an der Ruhr gilt nicht nur der deutschen Schwerindustrie und der deutschen Regierung, sondern auch den Arbeiterorganisationen, die zu mächtig geworden sind!“

Es gibt also sicherlich französische Kreise, die die Besetzung der Gewerkschaften als ein Ziel betrachten, das sie aufs innigste wünschen. Es gibt andere französische Kreise, die geglaubt haben, die Gewerkschaften gegen die deutsche Regierung, gegen das deutsche Volk benutzen zu können. Sie hätten schon lange eines Besseren belehrt sein. Unser Kampf gegen unsere Kapitalisten führt wir allein, Hilfe der Franzosen dazu lehnen wir ab, da uns, abgesehen von grundsätzlicher Ablehnung solcher Hilfe, die sozialen Zustände in Frankreich keine Gewähr dafür bieten, daß solche Hilfe ethisch gemein ist und daß solche Verbrüderungen gehalten werden.

Unsere Arbeiterorganisationen haben die Wiedergutmachungspflicht Deutschlands offen und ehrlich anerkannt, und was Deutschland bisher an Reparationen geleistet hat, war nicht möglich gewesen ohne die tätige Hilfe der Arbeiterklasse, insbesondere nicht ohne die Hilfe der Bergarbeiter. Um so mehr Recht haben wir, gegen die Gewalt an der Ruhr zu protestieren, die nach dem Urteil der ganzen nicht belagerten Welt das unzweckmäßigste Mittel zur Erlangung der Reparationen ist, die vor darüber hinaus einen Ausbruch militärisch-imperialistischer Geistes befeuert, gegen den sich die organisierte Arbeiterklasse bis auf das Letzte wehren wird.

Verhandlungen? Ja, offizielle Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Ländern jederzeit, aber einseitigem Diktat beugen wir uns gütwillig nicht!

Es darf nun nicht unternehmen, daß interessierte französische Kreise nach Möglichkeiten suchen, mit einem Teil der Arbeiterklasse zu Verhandlungen zu kommen. Hier werden einmal die Betriebsräte ins Auge gefaßt. Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, daß unsere Betriebsräte mit keiner französischen Stelle über allgemeine Fragen verhandeln und daß sie vornehmlich auch in Streitfragen, die mit irgendeiner Stelle der Besetzungsmacht beizugehen werden müssen, nichts ohne das vorherige Einverständnis des Verbandes tun.

Wir dürfen annehmen, daß alle Organisationen der Arbeiter und Angehörigen im Ruhrgebiet auf diesem Standpunkt stehen. Aus dem Nachen: Es wird sich etwas anderes entwickeln. Dort haben vornehmlich sozialistische und unionistische Betriebsratsmitglieder bei Verhandlungen mit den Belgiern eine Rolle gespielt, die in ihrem Widerstand steht zu allem, was die Besetzungen und Besetzungen dieser Verbände vertreten haben. Man darf wohl erwarten, daß diese Verbände zu den nächsten Verhandlungen Stellung nehmen und einen harten Strich ziehen zwischen sich und den in Frage kommenden Leuten. Wenn das nicht schnell genug geschieht, sind natürlich die Organisationen verantwortlich für das Fehlen dieser Leute! Bei den betreffenden Verhandlungen mit der Besetzungsmacht würde von den beteiligten hiesigen Betriebsratsmitgliedern, die Syndikalistischen oder Unionisten sind und als deren Wortführer Herr Ufer auftrat, eine Haltung eingenommen, die von jedem denkenden Arbeiter auf das schärfste beurteilt werden muß. Ufers Vorschlag, Besetzungsausschüsse zu bilden, die an Stelle der (zum Teil befristeten) Direktoren mit den Belgiern verhandeln sollten, wurde von diesen natürlich mit Freude aufgenommen. Hier bleibt es dabei für möglich und vornehm, auf die Zentralgewerkschaften zu schreiben, die mit der deutschen Regierung und den deutschen Kapitalisten durch die und dann gingen und jetzt auch mit diesen zusammen den Streik im Saar vorzuziehen (?).

Als die Betriebsräte sich aus der betreffenden Sitzung entfernten, wurden die sieben Syndikalistischen und Unionisten noch zurückgehalten! Was mit ihnen allein verhandelt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber unsere Kameraden werden diesen Leuten auf die Finger sehen! Die Besetzungsmacht werden ebenfalls auf solche Pläne nicht hereinfallen.

Aber nicht nur im Nachen, sondern auch im Ruhrgebiet werden Versuche gemacht, Arbeiterzeugschlichter für die Franzosen zu gewinnen. Einem der bekanntesten kommunistischen Führer im Ruhrgebiet verbanden wir die Mitteilung, daß französischerseits Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht worden sei, daß die Kommunisten nicht jetzt die Betriebe im Ruhrbergbau übernehmen. Auch den Erfolg für die Schuppeligen hätten die Kommunisten stellen können, wenn sie gewollt hätten.

Aber sie hätten beides abgelehnt, weil sie sich klar darüber seien, daß sie selbst bei Übernahme der Betriebe nicht das liefern könnten, was die Franzosen an Reparationen beanspruchten, und weil sie sich außerdem auf diese Weise den Haß des ganzen deutschen Volkes zuziehen würden, wonach sie auch keine Sehnsucht hätten.

# Achtung Kameraden!

Für die unbesetzten Bergbaugebiete finden Ende März die Betriebsratswahlen statt. Der Ausfall dieser Wahlen ist für die Bergarbeiter von grösster Wichtigkeit. Nur durch gewerkschaftliche Schulung erprobene Kandidaten können die Betriebsratsaufgaben wirklich erfüllen. Die freien Gewerkschaften sichern die wirksamste Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Kameraden! Nützet die Zeit, werbet unablässig für die Listen der freien Gewerkschaften. Sichert den Sieg des Bergarbeiterverbandes! Agitiert von Mund zu Mund, von Haus zu Haus!

Die französischen Schläuberger, die hinter solchen Plänen stehen, verraten eine unglaubliche Unkenntnis der Höhe unserer Volks- und der Arbeiterbevölkerung in besonderer. Sie haben immer noch nicht gelernt, daß auch vernünftige Kommunisten trotz bitterster Widerstände doch im Inneren so denken, wie es der „Vorwärts“ von der letzten Rede Clara Zetkins im Reichstag sagt:

„Doch eine Idee zog sich durch ihre ganze Rede trotz aller Verwirrungen und Verzerrungen wie ein Leuchtfeuer hindurch: ein tief empfundenes Verlangen nach dem Kampf um die deutsche Zukunft als dem idealen Kampffeld für den Sozialismus, als dem Vaterland einer besseren freien Zukunft.“

Es ist deshalb lächerlich, wenn irgendein Schläuberger dem kommunistischen Betriebsratskongreß, der am 11. März stattfinden soll, den folgenden Antrag vorlegt:

„Antrag an den Essener Betriebsratskongreß vom 11. März 1923.“

- Der Kongreß wolle beschließen:
1. Die gesamte Produktion und deren Verteilung im Ruhrgebiet, vorerst der Kohlengruben, wird der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt, d. h. zu diesem Zwecke einen Kontrollauschuss bilden. Die Zahl der Mitglieder und die nähere Zusammensetzung bleibt vorbehalten.
  2. Diese Arbeitervertretung des Ruhrgebiets garantiert und führt die Reparationsarbeiten, reparationsberechtigten Maschinen ihre Reparationsforderungen, die alsbald von einer internationalen Kommission, deren Hälfte aus internationalen Arbeitervertretern besteht, festgestellt werden.
  3. Mit dem Beginn der gesicherten Reparationsleistungen beginnt sofort die Rüchmung des Ruhrgebiets, also Zug um Zug mit den Leistungen an Reparationen.
  4. An Stelle der ausgesprochenen Willkürgewalt treten nach der Art der Grenztruppen organisierte französisch-belgische bzw. interalliierte Polizei- oder Gendarmeregimenten, deren Rechte im Einvernehmen mit dem Kontrollauschuss der Betriebsräte festgelegt und gewährleistet werden.
  5. Die Produktions- und Verteilungskontrolle durch die Betriebsräte erfolgt gemeinsam mit den hierzu organisierten Kommissionen der Interalliierten.
  6. Die Rechte und Pflichten dieser Betriebsräte u. Mitwirkungskommissionen umfassen auch die Finanz- und Zollämter neben den privaten bzw. wirtschaftsverbandlichen Behörden, wie Gaudelkammern, Syndikaten und Verbänden.“

Die Fülle, die hier den Kommunisten gestellt werden soll, ist so plump, das Programm so blödsinnig, daß man es sehr wohl begreift, wenn das Vorwunder kommunistische Blatt diese Gehensausprägung eines Wahnsinns mit John und Spott abtut.

Wenn man den Wahnsinnigen Vorgang als eine Enttäuschung ansehen darf, die lediglich auf das persönliche Konto einiger Wirrköpfe kommt, so ergibt sich auch aus unseren obigen Mitteilungen, daß die Arbeiterbewegung des Ruhrgebiets, einerlei, wie sie sonst zu wirtschaftlichen und politischen Fragen, zu Unternehmern und Regierung steht, einzig in der Abwehr der belgisch-französischen Gewalt.

Sollte das nicht endlich eine Wohnung an die jetzigen Gewalthaber im Ruhrgebiet sein, eine Lösung des Streits zu suchen auf dem Weg der friedlichen Verständigung statt auf dem Weg der massigen Zerstörung deutscher Wirtschafts- und Reparationskraft?

### Betriebs- und Wirtschaftsräte.

Die alljährlich neu zu wählenden Wahlen der Arbeitnehmervertretung (Arbeiter und Angestellten) sind nicht nur von dem verhältnismäßig stark pulsierenden Bestreben der wirtschaftlichen Interessenvertretung dem Unternehmer gegenüber zu verstehen; die Revolution hat in den Massen der Arbeiter und Angestellten in Form der durch die gewerkschaftliche und politische Arbeitserziehung vorbereiteten Entwicklung zum Reife gebracht. Die Idee, der Gedanke, die Arbeiter zu Trägern der Produktion zu machen, war zum Zeitpunkt einer lebhaften Bewegung geworden, die im Artikel 165 der Reichsverfassung seinen gesetzlichen Niederschlag gefunden hat. Im Artikel 165 ist das wirtschaftliche Rechtssystem verfassungsmäßig verankert, d. h. der Wille des Volkes ist die Interessenvertretungen, die in der programmatischen Regierungserklärung vom 5. März 1919 angegeben war. Artikel 165 legt die Grundlage fest und sieht für die Ausgestaltung im einzelnen besondere Sorge vor. Als Grundgedanke heißt er auf: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.“

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in Wirtschaftsräten der gegliederten Betriebsarbeiterräten und in einem Reichsarbeitsrat.

Die Betriebsarbeiterräte und der Reichsarbeitsrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialgesetzgebung mit den Vertretern der Unternehmer und somit beteiligten Volksteile zu Betriebswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen.

- Entsprechend dem Grundgedanken, daß der Arbeiter (Arbeiter und Angestellte) nicht nur Arbeiter, sondern auch Produzent im Produktionsprozess ist, sieht Artikel 165 der Verfassung den Aufbau zweier sozialer Rechtsformen vor:
1. das System der Arbeiterräte, aufgebaut übereinander als Betriebsarbeiterräte, Betriebsarbeiterräte, Reichsarbeitsrat;
  2. das System der Wirtschaftsräte in zwei Stufen als Betriebswirtschaftsräte und Reichswirtschaftsrat.

Die ersten sind Interessenvertreter der Arbeitnehmer und sind daher nur aus Arbeitnehmern zu bilden. Die Wirtschaftsräte dagegen sind als gemeinsame Vertretungen der Unternehmer und Arbeitnehmer im Dienste der Produktionspolitik gedacht und deshalb von beiden Seiten unter gleichzeitiger Beteiligung sonst beteiligter Volksteile zu errichten. Das erste in der Ausführung des Artikels 165 erlassene Betriebsratsgesetz entspricht, wie das der Name selbst besagt, der ersten Reaktion und zwar der Arbeiterräte im Betriebe. Für die Zusammenfassung nach Betrieben und dem Reich fehlt noch die rechtliche Grundlage. Der dem System der Wirtschaftsräte hat man als oberste Spitze der neu zu schaffenden Wirtschaftsvertretung einen Reichswirtschaftsrat gestellt. Dieser ist gedacht als das höchste Sachverständigenkollegium für alle wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen neben dem politischen Parlament als eine gutachtende, beratende und vorschlagende Kammer der Arbeit, als ein zentraler Volkswirtschaftsrat. Er soll durch den Reichsarbeitsrat und durch entsprechende Vertretungen der Unternehmer unter Heranziehung der sonst beteiligten Volksteile gebildet werden. Da diese Körperlichkeiten noch nicht errichtet sind, die möglichst baldige Schaffung des Reichswirtschaftsrats dringender erwünscht erscheint, ist zunächst durch Verordnung vom 4. Mai 1920 ein vorläufiger Reichswirtschaftsrat geschaffen, der einmal die fehlenden Organisationen aufbauen hilft und zum anderen die laufenden Funktionen des Wirtschaftsrats übernimmt. Er ist am 1. Juni 1920 zusammengetreten und besteht aus 88 Mitgliedern, von denen zu entnehmen sind: 66 aus der Landwirtschaft, 6 aus der Gärtnerei und Fischerei, 6 aus der Industrie, 4 aus Handel, Banken, Versicherung und Genossenschaften, 34 aus Verkehr und öffentlichen Unternehmungen, 36 aus dem Handwerk, 16 aus der Verbraucherschaft, 16 aus der Beamtenschaft und den freien Berufen, 12 vom Reichsrat zu ernennende, mit dem Wirtschaftsrat der einzelnen Landesparlamente besonders vertraute Persönlichkeiten und 12 von der Regierung zu ernennende Personen.

Der so nach Berufsständen gegliederte Reichswirtschaftsrat erfährt innerhalb der einzelnen Wirtschaftsgruppen eine tatsächliche Gliederung und zwar unter Wahrung der Parität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Die 68 Vertreter der Industrie werden teils von der Zentralarbeitsgemeinschaft, teils vom Reichslandvolk- und Reichsländerrat vom Deutschen Industrie- und Handelsrat benannt.

Der seit mehr als zwei Jahren sich konstituierende vorläufige Reichswirtschaftsrat hat sich während dieser Zeit sowohl im Wesentlichen auch in den von ihm geschaffenen Sachausschüssen mit den verschiedensten Problemen als: Sozialversicherungsfrage, der Frage der Arbeitszeit im Bergbau und der Arbeitszeit überhaupt, dem Arbeitsnachweisgesetz und der mit letzterem in Verbindung stehenden Arbeitslosenversicherung mit einem zu schaffenden Reichsnachweisgesetz und beschäftigt. Es kann nicht behauptet werden, daß derselbe etwas Ruhmgeiliges geschaffen hat. Sowohl auf diesem Gebiete wie auch auf dem des Aufbaues der in der Reichsverfassung vorgesehenen Arbeiterräte und Wirtschaftsräte muß planvoller und mit mehr Energie gearbeitet werden. Die Schaffung von Betriebswirtschaftsräten und eines Reichswirtschaftsrats muß unbedingt beschleunigt werden. Die Vertrauensleute der Betriebe müssen für diese Frage interessiert, müssen in diesen Körperlichkeiten ihre Erfahrungen austauschen und mitteilen können.

Von diesem Gesichtspunkt aus die vom 22. bis 24. März zu wählenden Betriebsräte wahlen gesehen erhalten die Wähler, von bereits eingangs erwähnt, eine über den Rahmen der Betriebsvertretung im engeren Sinne des Wortes hinaus der gemeinsamen Interessenvertretung der Arbeiter zugrunde liegende tätige Würdigung. In diesem Zusammenhang sind auch die Aufgaben und Befugnisse der Betriebsräte, wie sie in den §§ 1 und 66 kurz und gedrängt zusammengefaßt sind, zu verstehen und zu würdigen. Sieht man den einzelnen Betrieb als ein Glied des ganzen Wirtschaftskörpers, dessen Wirtschaftstätigkeit einfließt wird von der Produktivität der einzelnen Betriebe, so leuchtet es ohne weiteres ein, daß der aus volkswirtschaftlichem Interesse an der Erfüllung des Betriebszweckes interessiert sein müssen. Entscheiden wir uns dieser gewiß an sich nicht leichten Aufgabe, die durch den Arbeitsratismus der Kommunisten und Syndikalistik noch mehr erschwert wird, so dürfen wir uns nicht darüber beschweren, wenn ein einfluß nicht größer wird. Es ist ein bekanntes und wahres Wort, daß nur derjenige das Schwimmen lernt, der sich nicht scheut, ins Wasser zu gehen. Aber auch vom rein arbeitsrechtlichen Standpunkt aus gesehen sind die Aufgaben und Befugnisse der Betriebsräte im Vergleich zu denen der früheren Arbeiterausschüsse, den Vorläufern der modernen Betriebsräte, mannigfaltig und weitgehend. Die Betriebsräte sind gegenüber den Arbeitgebern gleichberechtigt. Der Einfluß wird auch in dieser Beziehung um so größer und erfolgreicher sein, wenn neben dem Willen das Können vorherrscht und ist. Es muß das Bestreben der zu wählenden Kandidaten sein, sowohl in arbeitsrechtlicher, betriebsrätegesetzlicher und wirtschaftspolitischer Hinsicht dem Vertreter des Unternehmers ebenbürtig zu werden. Dieses Streben übertragen auf alle Funktionen, auf alle Mitglieder des Verbandes, gibt uns die Gewißheit, daß die im Artikel 165 verfassungsmäßig verankerte, durch die Entlohnung bedingte, im Verben begriffene Wirtschaftsform durch tatkräftiges Wirksamwerden in ihrem Tempo erfolgreich beeinflusst wird.

Eine Arbeiterkassette, die sich diesen Aufgaben nicht verschließt, wird sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht den Sieg davontragen. Arbeit im Sinne der freien Arbeiterbewegung ist der Schlüssel, auf dem die Zukunft aufgebaut wird.

### In die deutschen Arbeiter und Angestellten.

Im Ruhrgebiet häufen sich die Greuel. Gewalttat gegen die schutzlose Bevölkerung folgt auf Gewalttat.

So verwerflich das Vorgehen der Franzosen und Belgier ist, so mütterlicher ist das Verhalten der Arbeiterbewegung des Ruhrgebiets. Verbrechen und Schandthaten haben sie ebensamartig davon abbringen können, ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volk zu tun, wie die dann folgenden Drangale, Verfolgungen und jetzt sogar Lebensbedrohungen. Den wahren Gewerkschaftskämpfern an der Ruhr und am Rhein gebührt unser Dank und unsere Anerkennung.

Aber mit Worten allein ist ihnen nicht geholfen. Sie bedürfen auch der materiellen Unterstützung. Es ist daher heilige Pflicht der deutschen Arbeiter und Angestellten, ihre Kräfte in den besetzten Gebieten nicht im Stich zu lassen. Es wäre das beschämendste Schauspiel, das der Welt geboten werden könnte, wenn die deutschen Kampfkämpfer sich dem Joch der französischen Unterdrücker beugen müßten, weil sie von den deutschen Arbeitern und Angestellten, für die sie doch mitkämpfen, im Stich gelassen wurden. So darf es nicht kommen!

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes wenden sich deshalb hiermit erneut an die Arbeiter und Angestellten Deutschlands mit

## Der Kampf um gerechte Steuern.

Der Kampf an der Ruhr steht, ohne daß die Franzosen in acht Wochen wirkliche Erfolge erzielt hätten. In diesem Kampf steht die Arbeiterbewegung im Vordergrund, ihr erstes Interesse ist auf diesen Kampf und die Abwehr gerichtet. Sie vertritt dabei nicht die Forderung von der Einheitsfront nach nationalitätswidrigen Mäßen, sondern bleibt sich stets bewußt, daß die sozialen Gegensätze im eigenen Lande nicht verschwinden sind, sondern daß sie länger je mehr nach einer gründlichen Lösung streben. So wenig man im Krieg und nach dem Krieg dem Profitieren mit einer Verschärfung seiner sozialen und politischen Lebensbedingungen, soweit sie im eigenen Lande beeinflusst werden können, kümmern sollte, ebensowenig wird das der Fall sein dürfen nach dem Kampf, dessen Kosten wiederum in erster Linie die armen Leute tragen.

Aber schon während des Kampfes nach außen fallen im Lande Entscheidungen, die für die breiten Massen des Volkes von der allergrößten Bedeutung sind. An ihnen hat sich die Arbeiterbewegung zu beteiligen, sie zu beeinflussen, sie zu steuern. Der Kampf an der Ruhr kann nicht liquidiert werden ohne einen innerpolitischen Zugriff auf das „Eigentum“ der besitzenden Klasse unseres Landes, von dessen Ausmaß sich heute noch keine Vorstellung machen kann, weil man heute noch gar nicht absehen kann, mit welcher Verhängung der Kampf an der Ruhr endet, in welchem Umfang die Folgen des Franzosenfalls die deutsche Wirtschaft beeinflussen und wie hoch die Kosten unserer eigenen Kampfführung sich stellen. Aber daß ohne einen solchen Zugriff auf deutsche Sachwerte keine Rückkehr zu halbwegs normalen Verhältnissen möglich ist, darüber sind sich auch Leute nicht im Zweifel, deren wirtschaftliche und politische Anschauungen sehr verschiedenen von den übrigen sind.

Weil es so ist, deshalb berührt in diesen Tagen das Rumpfen und Reißern um Steuererhöhungen so widerlich, wie wir es im Reichs-Steuerausfluß beobachten können. Die Steuern sollen durch gesetzliche Maßnahmen der Geldentwertung angepaßt werden, da die Steuerzahlung in entwerteter Mark ungläubige Benachteiligung der Reichsfinanzen und untragbare Privilegien für Reizende bedeutet. Bei den Beratungen im Steuerausschuß treten die schärfsten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sozialdemokraten, denen sich in gewissen Fragen Zentrumsarbeiter anschließen und den bürgerlichen Parteien hervor. Die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten betreffen vier Fragen: 1. die Bewertung des Betriebsvermögens bei der Einkommensteuer, des Vermögens bei der Vermögenssteuer und der Zwangsanleihe und der Erbschaftsteuer; 2. die Frage des Tarifs bei der Vermögenssteuer, der Zwangsanleihe und der Erbschaftsteuer; 3. die Sicherung des Plus vor der Geldentwertung bei der Zahlung der Steuern, und 4. die Frage des Vorkaufes und des Depotzwanges.

Die Bewertung steuerpolitischer Gegenstände, Immobilien, Wertpapiere usw., wählten die Bürgerlichen so gering wie möglich. Sie beschloßen zunächst, daß Wertpapiere mit dem Dreifachen des bisherigen Tageswertes bewertet werden sollten. Was das bedeutet, zeigt die Tabelle, daß die Aktienkurse von Hansa, Deutsche Bank, Mannesmann, Deutsche Post, Eduard und Hellwig, Borsig am 8. Dezember 1922 auf 66,00, am 21. Februar 1923 auf 251,750 stiegen, während für die Bewertung bisher 60,47 angunzend gelegt waren, die nun auf 181,50 erhöht werden sollen. Das heißt die Aktien mit einem Wert von vierzig bis fünfzig Prozent ihres Wertes zur Steuer heranziehen! Das schließt man war es bei landwirtschaftlichen Besitz. Hier wurden landwirtschaftliche Grundstücke mit dem 10fachen des Marktwertes von 1912, Nachkriegsgrundstücke unter 18 Hektar mit dem 20fachen bewertet. Der Schätzung für den Mehrertrag lag aber schon 1913 nicht der gesamte Wert der Grundstücke, sondern der selbst geschätzte Ertragswert zugrunde, der schließlich nirgends die Hälfte des wirklichen Werts erreichte. Wie leicht ist man, wenn diese Rechenarbeiten auf das Ergebnis für die Grundstücke gegangen. Dann hätte man das Ergebnis, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf das 500fache, die Preise für landwirtschaftliche Grundstücke auf das 2000- bis 4000fache, die Steuer auf das 20fache gestiegen wären. Der wirkliche Wert wurde also nur zu einem oder zwei Hundertteilen erreicht. Welche Kunststücke man sich bei diesen Festlegungen sonst noch leisten wird, ist im Augenblick nicht zu übersehen.

Diese untragliche Art der Steuerdrückerei wird nachgerade auch den schärfsten organisierten Arbeitern zu bunt. „Der Deutsche“, das Berliner Zentrumblatt dieser Richtung, nahm in den Tagen der Verhängung über die Steueranpassung an die Geldentwertung entscheidende Stellung gegen die Art, in denen der Zentrumsgewerkschaftler Herzold die erste Seite hielt. Am 28. Februar schrieb das Blatt zu der Frage:

„Es ist wirklich ein hartes Stück, das bestimmte Landwirtliche Kreise hieraus herausgeben, die ganzen Güter unter 300 400 Morgen von der Belastung durch die Zwangsanleihe freizustellen. Es ist ein dicker Affront gegen die Arbeitnehmer sowohl wie gegen die leidenden Schichten des Mittelstandes, wenn die besitzenden Landwirte, die sich weigern, 20 000 bis 30 000 Papiermark Zwangsanleihe zu zahlen, dadurch, daß sie eine auch nur je nach der Geldentwertung angepaßte Bewertung der landwirtschaftlichen Grundstücke für die Zwangsanleihe zurückweisen, sich zu solchen Stunden mit einem Umlagepreis für Roggen, der mit 60 000 Mark ungefähr die volle Geldentwertung aufweist, nur mit hartem Widerstreben zurückergeben. Der Augenblick ist nicht geeignet, eine großartige Finanzreform, die kommen muß, herbeizuführen. Vorläufig ist anzunehmen, daß nach dieser Woche das Wesen über die Anpassung der Steuern an die Geldentwertung in einer Form verabschiedet wird, die die Ungerechtigkeiten, die sie unter dem Einfluß der Geldentwertung in der Finanzpolitik der letzten drei Jahre bemerkt gemacht haben, in etwa ausgleichen können.“

Das Blatt schloß seinen auffallenden Artikel mit folgenden Worten:

„Alle Steuerbeträge, die mit oder ohne Finanzanspruchnahme getätigt werden, sind irgendwie zurückgehalten werden können, sind zurückgehalten bis zur Zeit des wirklichen Standes der Mark. Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Kohlensteuer, um nur einige zu nennen, deren Ausmaß normalerweise sich Zug um Zug mit der Markbewertung ändern, und in gewissen Summen erk im Januar, zur Zeit des letzten Standes unterer Mark, gezahlt. Das bedeutet die verhältnismäßige Verteilung der Steuern und einen zeitweisen vom Geizgeiz nicht orientierten Betrag auf der einen ungeschickten Willkürbegünstigung zugunsten der Steuerhinterzieher auf der anderen Seite. Wir wiederholen, was wir oft mit allem Nachdruck gesagt haben, daß wir die Lohnsteuer als schlechtes Beispiel anerkennen, wenn nicht mit der selben ungeschicklichen Mißbräuch, von dem die vorkommenden Zahlen ein Bild geben, endlich mit aller Entschiedenheit aufgeräumt wird. Das Geiz über die Anpassung der Steuern an die Geldentwertung bietet die letzte Möglichkeit dazu.“

Wir waren gewisse Kreise in letzter Stunde vor den Folgen ihrer Unadäquatheit. Mit der feuerlichen Ungerechtigkeit der vorangehenden Jahre muß und wird aufgeräumt werden, darauf müge man sich verlassen. Diejenigen, die den Weg dazu vorgezeichnet, um sich im Augenblick der Zahlung einiger hundert Goldmark zu entschließen, sie laden nicht nur eine ungeschickte Verantwortung auf sich, es wird eines Tages für sie die Stunde bitterer Reue kommen!“

Was „Der Deutsche“ hier sagt, ist von der freigeistlichen und sozialdemokratischen Presse oft und dringlich ausgeführt worden. Jede neue Maß unter den Steueranpassungen bestätigt, was der ADGB seitens in der bekannten Zeitschrift an die Reichsregierung ausführte. Von vergessene A. in der nachstehenden Tabelle die Steuererträge vom 1. April bis Ende Dezember 1922 und die Einkünfte im Januar 1923. Man sieht sofort in wie hohem Maße alle die Steuern zurückgehalten und erst beim tiefsten Stand der Mark gezahlt wurden. Milliarden über Milliarden sind auf diese Weise den Steuerhinterziehern ungenutzt geblieben, während gleichzeitig durch diese Methode die Geldentwertung systematisch gefördert und die Preise wahrhaftig in die Höhe getrieben wurden! Die erwünschten Zahlen lauten:

Einkommensteuer: 1. 4. bis 31. 12. 22	146 900 000 000
im Januar allein	94 000 000 000
Körperschaftsteuer: 1. 4. bis 31. 12. 22	3 900 000 000
im Januar allein	817 000 000
Umsatzsteuer: 1. 4. bis 31. 12. 22	60 000 000 000
im Januar allein	43 000 000 000
Kohlensteuer: 1. 4. bis 31. 12. 22	44 000 000 000
im Januar allein	67 000 000 000
Zakassensteuer: 1. 4. bis 31. 12. 22	17 000 000 000
im Januar allein	10 000 000 000
Waldsteuer: 1. 4. bis 31. 12. 22	2 900 000 000
im Januar allein	1 800 000 000
Zwangsanleihe bis 31. 12. 22	3 900 000 000
im Januar allein	4 700 000 000
Effiziensteuer: 1. 4. bis 31. 12. 22	80 000 000
im Januar allein	72 000 000
Aus d. Staatsmonopol: 1. 4. bis 31. 12. 22	67 900 000
im Januar allein	99 200 000

Diese kurze Übersicht zeigt, wie unerschrocken für die breiten Volksschichten diese Art der Steuerreform ist. Auch die Gewerkschaftler müssen sich diese Fragen klarmachen! Um ihre Forderung ihrer Lebensbedürfnisse, um ihre Gesundheit nicht als Opfer zu sehen, müssen sie sich nicht, doch der ADGB, wie bisher, auch in diesen Steuerfragen führend vorangehen. Aber auch die Klasse der organisierten Arbeiter muß sich auf die Kämpfe einstellen, von denen das vorstehend geschilderte nur ein kleines Beispiel ist!

dem dringenden Ersuchen, in ihrem Sammelbrief nicht zu erlahmen. Bedauerlicherweise muß festgestellt werden daß der vom Ausschuß des A.D.B. fast einstimmig gefaßte Beschluß einen

Stundenverdienst für die Ruhrhilfe

zu erfassen, nicht gleichmäßig durchgeführt wird. Von verschiedenen Seiten ist Verwirrung in die Reihen der Gewerkschaftsmitglieder hineingeraten worden.

Vorstand und Ausschuß des A.D.B. und der Vorstand des R.F.A.-Bundes halten aber an diesem Beschluß fest und bringen ihn erneut in Erinnerung mit dem Hinweis, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten sich verpflichtet fühlen müssen, ihn in brüderlicher Treue durchzuführen.

Gegen ihn wird uns Feld geführt, daß die Gelder in eine Kasse fließen, in die auch die Unternehmer zahlen - obwohl sie paritätisch von den Unternehmern und den Gewerkschaften verwaltet wird. Diese Gleichberechtigung bei allen Entscheidungen über die Verwendung der „Ruhrhilfe“ haben wir durchgesetzt, obwohl die Arbeitgeber vier Fünftel der Mittel auszugeben müssen, während die Arbeiter und Angestellten nur ein Fünftel entrichten. Warum sollten die Gewerkschaften es absehen über die Verwendung der Unternehmerbeiträge mitzureden und mitzubestimmen?

Es war die selbstverständliche Pflicht der Bestehenden, den Löwenanteil der erforderlichen Kampfmittel aufzubringen. Sollten wir etwa die Arbeitgeber von dieser Pflicht entbinden? Oder sollen vielmehr die notleidenden Kämpfer die Annahme der Unterstützung, die aus den Taschen der Arbeitgeber fließen, verweigern? Wären die Arbeiter und Angestellten bereit und in der Lage gewesen, die Notleidenden, die erforderlich sind, allein aufzubringen? Und bringt es nicht große Vorteile, daß die gesamten Mittel für die Unterstützung des Ruhrkampfes an einer Stelle zusammenfließen, statt in vielen getrennten Kanälen auseinanderzulaufen? Lieben nicht gerade die deutschen Arbeitnehmer auf allen Gebieten die planvolle Organisation? Und ist nicht ganz besonders in diesem schweren Abwehrkampf die Zusammenfassung der Abwehrmittel zwingendes Gebot überlegter Kampfakt?

Ernsthaft läßt sich gegen diese Sammlung und gegen die Art der Verwaltung überhaupt nichts anführen. Alles das was behauptet wird über Verlöge gegen die Richtlinien und Grundsätze der Arbeiterbewegung, ist nur leeres Gerede. Der Kampf der Ruhrarbeiter steht beispiellos in der Geschichte der Arbeiterbewegung da. Keinesfalls hat sich nirgends abgespielt. Deshalb sind Vergleiche mit der bisherigen Praxis bei Sammlungen für Kämpfe überhaupt nicht möglich.

Es handelt sich nicht um einen der Klassenkämpfe, wie sie sich aus dem Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital ganz von selbst ergeben, sondern um einen Kampf bergewaltiger Deutscher gegen einen ausländischen Unterdrücker. Und so selbstverständlich es ist, daß die Unterstützung bedürftigen Ruhrarbeiter und Angestellten die Unterstützung annehmen, auch wenn sie in der Hauptsache aus den Mitteln der Unternehmer stammen, so selbstverständlich ist, daß die übrigen Arbeiter ihre Gelder in die gemeinsame Kasse fließen lassen, sofern Gewähr gegeben ist, daß sie ihrem Willen entsprechend verwendet werden. Diese Gewähr ist gegeben durch die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in der Verwaltung.

Gewerkschaftsmitglieder! Eure Stärke beruht hier im wesentlichen auf der Disziplin, die ihr selbst in den schlimmsten Lagen zu halten euch für verpflichtet hieltet. Vor daran geht an dieser Disziplin zu rütteln, untergräbt die Grundlagen eurer Macht. In allem, was die Arbeiter und Angestellten unternehmen, müssen sie einig sein. Haltet euch vor den Anfängen des Disziplinbruchs! Die Folgen könnten schlimm und unheilvoll sein.

Auch wer bei der Meinung verharren will, daß die Bundesbeschlüsse in diesem Falle falsch waren, muß jetzt seine Bedenken zurückstellen. Er muß es aus Liebe zu den notleidenden Ruhrbrüdern an der Ruhr, am Rhein und in allen anderen besetzten Gebieten. Er muß es aus Achtung vor der stets hochgehaltenen Arbeiterdemokratie, aus Achtung vor der heute mehr als je notwendigen Einigkeit und Disziplin in unseren Gewerkschaften.

Viele Arbeitgeber versuchen, unter Hinweis auf die unserer Aufforderung zuwiderlaufenden Sonderleistungen von Arbeitnehmern, den auf sie entfallenden vierfachen Beitrag an die „Ruhrhilfe“ zurückzubehalten. Die Nichtbefolgung unserer Bundesbeschlüsse bedeutet also praktisch, daß den kämpfenden Brüdern an der Ruhr enorme Summen aus Arbeitgeberkreisen verloren gehen würden. Das darf nicht sein! Wir ersuchen daher die Vertrauensleute der Gewerkschaften in allen Betrieben, insbesondere die Vertrauensleute, darauf zu sehen, daß neben dem Rubroprozent der Angestellten und Arbeiter auch der vom Arbeitgeber zu leistende Beitrag ungehindert an die „Ruhrhilfe“ (Girokonto der Reichsbank in Berlin, Niebuhrstraße, oder Konto-Nr. 57 200 beim Postamt Berlin) überwiesen wird.

Kein Arbeiter, kein Angestellter, aber auch kein Arbeitgeber darf sich dieser von ihren Verbänden beschlossenen Beitragsleistung entziehen.

Berlin, den 2. März 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: L. J. Leipart.

Allgemeiner freier Angestelltenbund: Stühr, E. H.

Preisabbau und Lohnfrage.

Verhandlungen über die Lohnfrage, die die Reichsregierung mit den Beamten, die Bergbauunternehmer mit den Brüdern führten, haben zu dem Versuch der Reichsregierung geführt, den Preisabbau energisch zu fördern. Die Senkung der Preise, die Senkung des Dollars und die Anpassung der Preise an diese Senkung soll energisch gefördert werden. Wenn das möglich wäre, läge sich über die Verschlebung neuer erheblicher Lohnerhöhungen reden, denn nicht auf die Summe von Papiermark, die als Lohn gezahlt werden, kommt es an, sondern darauf, was man für diesen Lohn kaufen kann.

Um keinen Grund zu Preisrückführungen zu haben, erklärte die Reichsregierung:

Eine neue Stotpreiserhöhung wird nicht eintreten.

Von der zunächst in Aussicht genommenen weiteren Erhöhung der Preiskontrolle auf den Reichsbahnen wird abgesehen. Untersuchungen sind im Gange, welche eine Herabsetzung der wichtigsten industriellen Grundstoffe zum Ziele haben.

Die bisherigen Ergebnisse lassen erkennen, daß eine weitere Erhöhung der Rohpreise nicht erfolgen wird.

Die für die landwirtschaftliche Erzeugung notwendigen Düngemittel, wie Superphosphat und Kaliumsulfat, sind in diesen Tagen um 10 Prozent herabgesetzt worden. Mit der Herabsetzung weiterer Düngemittel ist zu rechnen.

Für den durch öffentliche Mittel geförderten Wohnungsbau ist eine Senkung der Baupreise durchgeführt.

Die Reichsregierung wünschte demgegenüber einen Verzicht auf Lohnforderungen im letzten Augenblick, da hierdurch die Preisbewegung nach allen neuen Anlässen erhalten würde. Dieser Verzicht konnte von keiner Arbeitnehmersseite ohne weiteres ausgesprochen werden. Die Folge ist die Ankündigung einer außer gewöhnlichen Aktion zur Herabsetzung der Lebensmittelpreise, die gegenwärtig in der Durchführung begriffen ist und die besonders auch den Ruhrgebiet betreffen soll. Von ihrem raschen Erfolg wird die Stellungnahme der Arbeitnehmerorganisationen zur Lohnfrage abhängen.

Die Saarbergarbeiter an das internationale Proletariat!

Seit dem 5. Februar d. J. stehen 72 000 Bergarbeiter des Saargebietes in einem schweren wirtschaftlichen Kampfe gegen den mächtigsten Arbeiter der Welt, die französische Saarbergverwaltung. Die Einführung des Franken als Zahlungsmittel hat im Saargebiet eine ungeheure Teuerung hervorgerufen. Der Bergarbeiterlohn stand bei Beginn des Streiks sieben Franken pro Tag niedriger als 1920. Auf die Forderung der Saarbergarbeiter, den Lohn auf den Stand von 1920 zu erhöhen, machte die Bergverwaltung ein so ungenügendes Angebot, daß die Bergarbeiter es ablehnen mußten. Seit fünf Wochen steht nun die restlos organisierte Saarbergarbeiterschaft einig und geschlossen in ihrem in muster-gültiger Ruhe geführten Kampfe. Sie braucht aber in diesem Kampfe die moralische und materielle Hilfe der internationalen organisierten Arbeiterschaft. Sie bittet um diese Unterstützung in der Erwägung, daß der Kampf der Bergarbeiter eines Landes die Sache der Arbeiter aller Länder ist. Geldsendungen erbitten wir durch die Vermittlung der Zentrale unseres Verbandes in Bochum.

Saarbrücken II, Sophienstr. 23 den 7. März 1923.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Saargebiet: Schwarz, Gatterich.

Wir schließen uns der Bitte unserer saarländischen Kollegen, die in ihrem schweren wirtschaftlichen Kampfe schnell und wirksam zu unterstützen, an.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum: Friedrich Gusemann.

Anrufung des Internationalen Arbeitsamtes.

Die Landesrats-Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, Zentrumspartei, Liberalen Volkspartei und der Deutschdemokratischen Partei haben durch Vermittlung der Regierungskommission folgendes Telegramm an das Internationale Arbeitsamt in Genf geschickt:

„Der seit vier Wochen bestehende Bergarbeiterstreik hat für das gesamte Wirtschaftsleben des Saargebietes immer verheerendere Wirkungen. Die untergeordneten Fraktionen des Landesrates, der gewählten Volksvertretung des Saargebietes, wünschen mit dem Internationalen Arbeitsamt beim Völkerverbund die Lage zu besprechen und bitten um telegraphische Nachricht, wann und wo eine Delegation empfangen werden kann.“

Befugungsmacht und Gewerkschaften.

Die Befugungsmacht hat in Bochum eine Verordnung veröffentlicht, wonach alle Vereine ihre Vorstände und Sekretäre nennen, Mitgliederlisten einreichen sollen usw. Die Spitzenverbände aller Richtungen haben gegen diese Verordnung protestiert. Dem Bochumer Gewerkschaftskartell ist dann gelegentlich eine Verprechung von dem Kommandanten in Bochum unter Bezugnahme auf ein vorliegendes Telegramm des Generals Dequoy mitgeteilt worden, daß sich die Verordnung nicht auf die Gewerkschaften beziehe. Wir halten damit die Sache einstweilen für erledigt. Sollte es irgendwo vorkommen, daß ein Fremder in ähnlicher Weise in den Betrieb der Gewerkschaften eingreift, so haben alle Funktionäre solcher Eingriffe abzuschneiden und sich lediglich nach den deutlichen Gebieten zu richten. Natürlich ist von jedem Versuch eines solchen Eingriffes sofort der Bezirksleitung oder dem Vorstand Mitteilung zu machen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Internationaler Kapitalismus.

Die Herren Coste, Aron, Daum, Langrogne sind Mitglieder der ins Ruhrgebiet entsandten Ingenieurkommission. Nach der „Volksstimme“ war Herr Coste Direktor der Bergwerke von Blanzy; Aron bei der Forge et Aciereries du Nord et de l'Est; Daum des Forges et Aciereries du Nord und von Homcourt; Langrogne Aufsichtsratsmitglied der internationalen Kohlengesellschaft, Administrator der Gesellschaft Rhein und Rhone, der Société Charbonniere du Rhin. Im Verwaltungsrat dieser Gesellschaft fand er sich zusammen mit den Herren: Gustav Stinnes, Wilhelm, Leo Stinnes, Mannheim, Karl Oahn-Mannheim, Hans Altemann, Altemann, Administrator der Gesellschaft Rhein et Sarre fand er sich in dem Verwaltungsrat zusammen mit: Karl Oahn, Eduard Brodhäuser-München, Franz Gauen-Frankfurt usw.

Die Arbeitslosigkeit wächst!

Die ständig zunehmende Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt wird durch folgende amtliche Zahlen veranschaulicht. Von den betriebl. Betrieben entstehen auf:

Table with 4 columns: Monat, 1922, gut, betrieblich, schlecht. Rows for August, September, Oktober, November, Dezember, Januar 1923, and Januar 1922.

Der Kohlenbergbau und der Erzbergbau waren im Januar in Deutschland gut betriebl. und werden das voraussichtlich auch zukünftig sein, weil der Rohstoffmangel eher als abgenommen hat. Auch die Eisen- und Metallindustrie, ebenso wie der Maschinenbau und die chemische Industrie haben im ganzen befriedigende Berichte eingeleitet. Im Annenwaldfabrikbereich sind wohl v. a. lebendliche Erörterungen aufgetreten, die jedoch im wesentlichen in den Schiffsahrtshindernissen in der Winterszeit zu erklären sind.

Demgegenüber ist bei einer ganzen Reihe von Industrien eine mehr oder minder große Verschlechterung der Abgabeverhältnisse und damit auch des Arbeitsmarktes zu verzeichnen, so u. a. im Bekleidungs- und im Nahrungsmittelgewerbe, in der Lederindustrie.

Für Februar ist endlich mit einer weiteren erheblichen Verschlechterung des Arbeitsmarktes als Folge der Ruhrbesetzung zu rechnen.

Der deutsche Handel im Januar.

Nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Reichsamtes entwickelte sich der deutsche Außenhandel im Januar mengenmäßig wie folgt:

Die Einfuhr lag bei 43,3 Millionen Doppelzentner im Dezember auf 47,3 Mill. D.-Z. Die Ausfuhr lag dagegen bei 17,6 Mill. D.-Z. im Dezember auf 13,1 Mill. D.-Z. zur d. Nun bietet allerdings der Dezember nur geringe Vergleichsmöglich-

keiten, weil ja in diesem Monat vor allem die Ausfuhr durch die Ausarbeitung einzelner Kundenteile gesteigert wurde. Das gleiche Verhältnis, Zunahme der Einfuhr und Rückgang der Ausfuhr, zeigt sich aber auch, wenn man den Januar mit dem Monatsdurchschnitt des Gesamtjahres 1922 vergleicht. Eingeführt wurden im Monatsdurchschnitt im Vorjahr 22,2 Mill. D.-Z., ausgeführt 18,9 Mill. D.-Z. Die Verschlebung des Januarhandels gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Vorjahres ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Einfuhr von Steinkohlen erheblich zugenommen hat (10,5 bzw. 18,7 Mill. D.-Z.) und daß gleichzeitig deren Ausfuhr stark zurückgegangen ist (4,2 bzw. 0,9 Mill. D.-Z.).

Auch gegenüber dem Vormonat hat die Einfuhr von Steinkohlen weiter zugenommen. Ferner sind mit erheblichen Steigerungen zu erwähnen: Braunkohlen, Bau- und Kuchholz, Eisen- und Eisenlegierungen; dagegen ist die Einfuhr von Getreide und Samenarten und Eisenwaren nicht unerheblich zurückgegangen. Auch Lebensmittel wurden im allgemeinen in vermehrtem Maße eingeführt. Vor allem ist die Zunahme der Einfuhr von Roggen (plus 1 Million D.-Z.) zu erwähnen. Fertigwaren wurden dagegen fast durchweg in geringerer Menge eingeführt. Hervorzuheben sind vor allem Textilien und Eisenwaren, deren Rückgang ganz besonders zum Teil durch den Einfall in das Ruhrgebiet verursacht sein dürfte.

An dem Rückgang der Ausfuhr sind besonders beteiligt: Eisenwaren, Textilien, Bau- und Kuchholz, Steinkohlen und andere Brennmaterialien, Zement, Kalk und Eisenblechzeug und fast sämtliche Fertigwaren.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Erhöhung der Grundlöhne in der Krankenversicherung.

Die Grundlöhne, nach welchen die Krankenkassenleistungen bemessen werden, sind neuerdings durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 23. Februar 1923 anders festgelegt worden. Danach beträgt der Ruhgrundlohn 2400 M. (bisher 2000 M.), der Krankgrundlohn 1440 M. (bisher 1200 M.). Während also der Betrag der Krankengrenze des Grundlohnes verdoppelt worden ist, ist der Betrag der Ruhgrenze nur verdoppelt worden. Das ist bedauerlich, weil einige keine Krankheitskrankenfälle sich leisten können. Über den Betrag des Ruhgrundlohnes hinausgehenden. Die Verordnung trat am 5. März 1923 in Kraft. Auf die Leistungen gemäß den höheren Grundlöhnen haben die Versicherten erst vom 29. Tage des Vorstandsbeschlusses ab Anspruch. Leistungsfähige Klassen können sie jedoch von einem früheren Tage ab gemahren.

Internationale Rundschau.

Löhne im holländischen Bergbau.

Um die Lohnsenkung im holländischen Bergbau hervorzuheben zu lassen, sollen die Löhne des 4. Vierteljahres 1922 denen im Vierteljahr 1920, wo sie am höchsten standen, verglichen werden. Es betragen die Löhne einschließlich Teuerungszulage pro Tag in Gulden:

Table with 4 columns: 4. Vierteljahr 1920, 4. Vierteljahr 1922, Teuerungszulage. Rows for Fährbauer, Bauer, Zimmerbauer, Lehrbauer, Schläppler vor Ort, Schläppler über 18 Jahre, Durchschnittslöhne unter Tage, Durchschnittslöhne über Tage, Durchschnitt aller Grubenarb.

Die Löhne der eigentlichen Kohlenkennner, wie Bauer, Zimmerbauer, Lehrbauer und Schläppler vor Ort sind am höchsten zurückgegangen. Ohne Zweifel wird hier aus die Konkurrenz der deutschen „Hollandgänger“ eingewirkt haben.

190 000 Arbeitslose in der Alghesiovallei

wurden dem Lagerbetriebsrat bei der Verhandlung der Interpellation über die Wirtschaftskrise für Januar 1923 angegeben.

Wirtschaftsentlastung in Italien.

Mussolini hat den parlamentarischen Abgeordneten die Einbringung des Gesetzes betreffend den achtstündigen Arbeitstag als bevorstehend angekündigt mit dem Bemerkung, daß der achtstündige Arbeitstag auch eine vollwertige achtstündige Arbeit bedeuten soll.

Eine Krise im englischen Bergbau?

Bonar Law empfing eine Abordnung der englischen Bergarbeiterdelegation. Die Abordnung trug die Notwendigkeit vor, sofort eine internationale Untersuchung über die Wirtschaftslage im Bergbau anzustellen. Bonar Law lehnte es ab, den Forderungen der Abordnung Folge zu geben, weshalb die Delegierten beschloßen, alle englischen Bergarbeiterdelegationen auf den 27. März zu einem besonderen Kongresse einzuberufen, wo wichtige Entscheidungen fallen sollen.

Die Arbeitslosigkeit in England

betrug am 19. Februar 1 340 200, das ist 23 751 weniger als in der vorausgegangenen Woche und 145 678 weniger als am 1. Januar dieses Jahres.

Knappschäftliches.

Aus der letzten Vorstandssitzung beim Allgemeinen Knappschäftverein Bochum.

In der Sitzung vom 8. März d. J. hat der Vorstand zu der neuen Grundlohnerhöhung Stellung genommen. Die Verhandlungsleiter selbstverständlich dafür ein, daß beim Allgemeinen Knappschäftverein die Grundlöhne bis zu dem Höchstbetrage von 14 400 M. festgesetzt würden. Dem wollten aber die Vertreter unter keinen Umständen zustimmen. Sie wandten ein, daß die Beiträge zur Krankenkasse zu hoch sein würden und der Bergbau sie nicht tragen könnte. Die Verhandlungsleiter waren nur bereit, die Grundlöhne bis zu 12 000 M. einzufrieren. Als sie auch nach langwieriger Verhandlung nicht zu demgekommen waren, höher zu geben, mußten die Verhandlungsleiter dem Grundlohn von 12 000 M. zustimmen, weil sonst kein Beschluß zustande kam und somit den Krankenkassen das höhere Krankengeld für eine Zeitlang entgehen würde.

Besüglich des Beginns mit der Zahlung des höheren Krankengeldes zeigten die Verhandlungsleiter Entgegenkommen. Die höheren Leistungen werden von der Knappschäftskrankenkasse nicht erlitten, wie es die Verordnung vorsieht, noch dem 29. Tage des Vorstandsbeschlusses gekehrt, sondern bereits vom 12. März 1923 ab. Gemäß einem früheren Beschluß wird das höhere Krankengeld von dem gleichen Tage ab auch für diejenigen gezahlt, die vor dem 12. März am Krankfeiern waren.

Nach der jetzigen Regelung beträgt das Krankengeld in der höchsten Lohnklasse 700 M. täglich, dazu tritt ein Krankengeld von 600 M. pro Tag und Kind bis zu drei Kindern, das also das Krankengeld bei drei Kindern 900 M. pro Tag ausmacht (bisher 700 M.). Das Krankengeld beträgt in der höchsten Lohnklasse 360 000 M. (bisher 108 000 M.).

Um die Zahlung des höheren Krankengeldes zu ermöglichen, mußten die Beiträge dementsprechend festgesetzt werden. Sie betragen vom 1. März 1923 ab 11 Prozent des Grundlohnes täglich, für jede Seite also 5,5 Prozent. In der höchsten Lohnklasse beträgt der Monatsbeitrag zur Krankenkasse 16 500 M. für den Arbeiter und das gleiche für die Werkbesitzer pro Arbeiter. Die hohen Beiträge sind hauptsächlich durch die Geldentwertung bedingt und

war insofern, als fast jeden Monat jetzt die Leistungen erhöht werden müssen, während die Mittel aus den Beiträgen des Vor-

Der Arbeiter Knappheitsverein

berdoppelt ab 1. März die Steuerzuschläge für Invaliden, Witwen und Waisen, so daß diese sich ab 1. März folgendermaßen gestalten: Invaliden 16 000 Mk., Witwen 10 800 Mk., Halb-

Aus dem Kreise der Kameraden.

Warum denn so boshaft?

Wir hatten den gefälligen Brief des angeklagten Arbeitgeberverbandes mit der Unterschrift „Dr. v. Raiger“ wiedergelesen und die Sache richtig gefehlt, als sie aufgesetzt war. Damit haben wir unserer Berichtspflicht genügt. Für uns kam außerdem entscheidend in Frage, daß wir noch während der Ruhrgebiet-

Wir haben dem erwähnten Arbeitgeberverband keine Veranlassung gegeben, anzunehmen, daß es uns um Verleumdung seiner Organisation zu tun sei. Wir haben nie Absicht und Talent zum Verleumben gehabt und werden sie uns auch in Zukunft nicht erwerben. Wer beides hat, sollte sich wenigstens in dieser ernsten Zeit bemühen, seinem diesbezüglichen Laenderzug Jügel anzulegen.

Kommunistische Unverschämtheit.

Wir teilen schon mit, daß Kamerad Josefmann seinerzeit ersucht wurde, auf der kommunistischen Betriebsratkonferenz am 11. März einen Vortrag zu halten über den Kampf des Proletariats gegen deutschen und französischen Imperialismus und Kapitalismus. Trotzdem Kamerad Josefmann auf die Ehre verzichtet hatte, vor dieser Konferenz zu sprechen, haben die Veranstalter die Frechheit, noch am 2. März in den Einladungen der kommunistischen Blätter zu dieser Konferenz zu sagen: „Als Referenten für den ersten Punkt sind vom Ber. Ausschuss vorgelesen der Kollege Josefmann vom deutschen Bergarbeiterverband und ein Vertreter der Zentrale der KPD.“

Satantenzermoral in der Technischen Nothilfe.

Das Organ der Technischen Nothilfe, „Die Räder“, bringt in seiner „Ruhr-Sondernummer“ Augenbildschilder von der Ruhr. Der dort zusammengezeichnete Lebenslauf würde uns nicht interessieren, wenn er etwa in der „Deutschen Tageszeitung“ oder dem „Gemeinen Wort“ (Essen) zu lesen wäre. Das Organ der Nothilfe wird jedoch mit Reichsgeldern unterhalten und man darf mit Verlaß verlangen, daß dort jeder Satantenzermoral herausbleibt. Nachdem eine unfröhliche Verhöhnung des bekannten Tischlerprückes in „Wo Gott das Eisen wachsen läßt, da will er keine Aesche!“ berührt wird, schreibt das Blatt weiter:

„Erhöhenen Hauptes trage“ sie (die Ruhrbevölkerung, D. Red.) alles Ungemach und sind stolz auf ihre Leiden, Langemann, Ofen, auf die würdevolle Haltung der Beamten, die mannhaftesten Worte eines Invaliden, die weislichen Eisenbahner...“

Wir stehen schmerzhaft an den Gräbern erschöpfener Bergarbeiter, leben die schwer mißhandelten oder auf der Straße vertriebenen Arbeiter. Diese Tatsachen erwecken bei den Ruhrbergleuten andere Gefühle als die theatralische Aufführung der Bescherchen Verfassungsfestmahl. Das ist jedoch nicht das schlimmste dieses Geschehens. Erst deutschnational nimmt sich folgende Stelle aus: „... denn wehe dem Mädchen, das mit Franzosen läuft. Saue gibte, aber reichlich, und sofort findet sich die Sere, die ihnen die Saue abknabbel.“

„Wo sich ein Franzmann sehen läßt, immer das gleiche Geächter. Freilich werden auch andere Freudenrufe laut, von denen „haut ihn!“ noch der launichste war.“

Solch verbrecherischer Unfug wird in einer aus Reichem teils unterhaltenen Zeitschrift verapft. Leider ist es wahr, daß sich im Ruhrrevier ein Gefühl herumtreibt, welches bei jeder Annäherung Neugieriger vom Hinterhalt aus Provokationen bereitet, um Unschuldige leiden zu lassen. Darunter befinden sich sicherlich gefasste Elemente der Franzosen, weil sie Vorwände für ihr Vorgehen haben wollen. Sollen diese auch noch im Organ der Nothilfe verherrlicht werden?

Ein Amerikanischer Stammtisch

sendet dem Bergarbeiterverband nebst einem Selbstbetrag von zehn Dollar ein Schreiben, welchem wir folgendes entnehmen:

Wir bewundern den Mut der deutschen Arbeiter, wie sie sich den in Aussicht genommenen „Siegern“ gegenüberstellen, und hoffen, daß ihr Kampf zum Siege führen möge. Leider sehen sie nicht das Menetekel an der Wand... Wir werden in absehbarer Zeit Ihnen wieder einen Betrag zukommen lassen. Ferner eruchen wir Sie, uns eine Bestätigung vom Empfang des Geldes zukommen zu lassen. Sämtlich durch und zeigt der Welt, daß Sie treu zusammensteht zum Wohle und Besten des Vaterlandes.

Wir Gruß!

Sublon County - Paubereide. J. A. G. F. Busch, West-Soboka.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die Jahreshöhe Dortmund 5

erlitt einen großen Verlust durch den Tod des Kameraden Wilhelm Geyon. Er lebte am 28. Februar im Alter von 53 Jahren. Vier Jahre lang war er Zeitungsbote und hat es immer verstanden, die Kameraden in der Organisation zu halten. Er war bei allen Kameraden beliebt. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. Die Ortsverwaltung.

Kameraden, nützt die Zeit.

Die in den letzten Monaten von unserem Verband entfaltete rege Tätigkeit, um die Bergarbeiter vor dem Verfall in das graue Elend zu bewahren, trägt ihre Früchte. Während im Bezirk Gattingen im Dezember v. J. 625 zahlende Mitglieder vorhanden waren, liegt die Zahl derselben im Januar d. J. auf 6737, mitbin eine Zunahme der zahlenden Mitglieder von 512 in einem Monat. Dieses ist ein schöner Erfolg, welcher ein Ansporn für andere Kameraden sein muß, ihre Anstrengungen für den Ausbau und für die finanzielle Stärkung des Verbandes zu verdoppeln. Eine feste Organisation ist nicht nur der beste Schutz gegen kapitalistische Ausbeutung, sondern auch gegen Militarismus und Imperialismus. Im Saargebiet stehen seit fünf Wochen unsere Kameraden gegen den französischen Saarfiskus in hartem, jähem Ringen. Die Munition zu diesem Kampfe müssen auch die Ruhr-

kameraden durch die Stärkung des Verbandes beibringen, denn der Sieg der Saarbergarbeiter ist auch der Sieg der Ruhrbergarbeiter. Deshalb, Kameraden, nützt die Zeit zur Werbung neuer Mitglieder für eure Organisation, den Bergarbeiterverband!

Eine Entschliebung zur Unorganisiertensfrage

nahm die Jahreshöhe in einer Versammlung am 25. Februar an. Diefelbe lautet: „Die heute im Lokale Schmitz in Ertenscheid tagende Mitgliederversammlung der Jahreshöhe Effel fordert vom Vorstand, auf die Tarifkommission dahingehend einzuwirken, daß dieselbe in Zukunft sich mit aller Entschlossenheit dafür einsetzt, daß noch § 11 des Tarifabkommens Mitglieder der Befehlsoffizien, welche der Arbeitsgemeinschaft nicht angehören, vom Tarifabkommen restlos ausgeschlossen werden. Versammelte sind der Ansicht, daß jetzt die geeignete Zeit wäre, um die Leute, die nicht saen und doch ernten wollen, von unseren Er-rungen schafften auszuschließen. Vertrauensmann G. Gieseler.“

Eine Mahnung in letzter Stunde.

Aus dem 1918 durch Gottesgnaden zusammengebrochenen deutschen Reich hat sich eine Republik, regiert von der Volksmehrheit, gebildet. Durch den französischen Einfall in das Ruhrgebiet droht für unsere Gefahr. Sollte der Plan Polnecks gelingen, dann gehen dem deutschen Arbeiter die sozialen Errungenschaften verloren. Die Not und das Elend der Ruhrgebiete wird dann noch größer. Dieses können nur die freien Gewerkschaften verhindern, deshalb ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, in ihre Reihen einzutreten und die Kämpferschare zu stärken. Den größten Gewinn zum Besseren und gesunderen Aufstieg der Arbeiter bilden die 1919 entstandenen Unionen, denn da wird mit dem Wort „Einheitsfront“ nur Scheinblinder getrieben. Folgt deshalb nicht den falschen Prophezeien, sondern hört auf den Rat der alten Führer. Nur dadurch kann der Arbeiter zu seinem Rechte und zur Freiheit gelangen. Mithilfe die weitsichtigen und opferstarken Kameraden auf. Nicht die Führer allein können die Welt erobern, sondern die Arbeitermassen müssen auch hinter ihnen stehen.

Wenn viele sich zu einem Bund vereinen und jedermann nach einem Ziele strebt, ersticht die stolze Macht der Arbeit, vor der das Kapital erbebt. Peter Busch.

Verleumder.

Von der Jahreshöhe Wottrup-Eigen wird uns folgendes geschrieben: „Die am 4. Febr. 1923 stattgehabte Versammlung der Jahreshöhe Wottrup-Eigen fordert vom Vorstand, gegen den jetzt ausgetretenen Kameraden Otto Kühr, Wottrup Eigen, Krümmersstraße 2, ein Strafverfahren wegen Verleumdung des Gesamtverbandes des Bergarbeiterverbandes einzuleiten. Vorstand: Am Sonntag, den 7. Januar 1923, ging nach der gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung in der Scheuburg Ruhr mit den Kameraden Hermann Burgardt und Josef Adolfs nach Gause. Hierbei jagte Kühr, daß der gesamte Vorstand vom Kapital bestochen sei, deshalb für uns nichts mehr herausschaffe.“

Der Verbandsvorstand hat jetzt wichtigeres zu tun, als sich mit solchen Elementen vor Gericht krummschlagen. Er erklärt jedoch, daß dieser Kühr ein verleumderischer Lump ist. Dieser verleumder entwirrt aus Fdologie oder er wird von irgendeiner Verbrecherbande dafür bezahlt. Hoffentlich hat er jetzt Zeit und Geld genug, um sich von dieser öffentlichen Brandmarke zu reinigen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Aus dem Eifel-Bergbau.

Am 1. Februar sollte auf dem Wessella-Schacht bei Mayen die Betriebsratwahl stattfinden. Von der 180 Mann starken Belegschaft getrieben 150 dem christlichen Gewerksverein und nur 30 dem Verband an. Unsere Kampfschiffe sind dort auf dem Boden und reichten frühzeitig eine Vorklagsliste ein. Die Gewerksvereiner, die dort ihre geistige Kraft von den Pastoren erhalten, verschleierten die Sache und kamen mit nur einem halben Vorklag und viel zu spät mündlich zum Vorklagenden, der ihnen sagen mußte, so leid es ihm täte, daß es zu spät und nur ein schlägiger Vorklag - vom Verband - vorliegt. Die vorgeschlagenen Verbandsmitglieder wurden somit alle gewählt und die Christen gingen leer aus.

Gute Freunde sind Geld wert.

Das müssen die Schiefergrubenbesitzer im Kreise Mayen (Eifel) und Umgebung doch zugeben. Seit Mai 1922 ist unser Verband im hiesigen Schiefergebiet vertreten und muß um die erforderlichen Löhne der Arbeiter nicht nur mit den Arbeitgebern kämpfen, sondern auch mit dem christlichen Gewerksverein. In der ersten Versammlung unseres Verbandes erklärte der christliche Führer Altmeyer: „Ich bin noch immer mit den Arbeitgebern gut übereingekommen.“ Weil die Löhne dieses „Uebereinkommens“ zu gering sind, kann unser Verband das nicht nachmachen. Man versucht deshalb, ihn zu bekämpfen und nicht selten wird er „bergseitlich“ zu Verhandlungen nicht eingeladen. Es wurde von unserer Seite eine Untertagszulage gefordert. Die Untertagszulage des Gewerksvereins, alle über Lage beschäftigt, stimmten dagegen mit der Begründung, daß sie dann Arbeiter zweiter Lohnstufe seien. Wie stellt sich die Leitung des Gewerksvereins hierzu? In allen anderen Revieren gibt es Zulagen für Untertagsarbeiter!

Auf einmal mußte ein anderes raffiniertes Mittel helfen. Im August oder Juli schickte Altmeyer einen seiner über Lage beschäftigten Untertagsarbeiter als unabhängigen Beisitzer in den Schlichtungsausschuß. Die Arbeiter, die sich dagegen wehren brachten es zu der Einigung, daß auch einer der Schieferdirektoren in den Schlichtungsausschuß treten konnte. So haben dann zwei Interessenten im Ausschuß. Eine Beschwerte des Verbandes liegen sich beide Parteien mit tauben Ohren gefassen, ohne Aenderung zu schaffen. Am 19. Januar trat der Schlichtungsausschuß wieder zusammen zur Regelung der Fernarbeitslöhne. Der Antrag auf die Untertagszulage war, wie immer wieder, gestellt. Als im Ausschuß über die allgemeine Lohnerhöhung der Grube gefasst war und die Untertagszulagen behandelt werden sollten, verließ der christliche Beisitzer den Saal und kam nicht mehr wieder. (Schau, Schau! Die Christen sind doch gute Eitelker!) So war es denn einfach nicht möglich, einen Spruch zu fällen über unseren Antrag. Es erfolgte natürlich Beschwerte darüber. Am 31. Januar legte der Ausschuß wieder, kam aber nicht zum Spruch, weil von den Arbeitgebern keiner anwesend war. Es erfolgte nochmals ein Hinweis auf eine andere Besetzung des Ausschusses. Am 1. Februar trat der Ausschuß wieder zusammen. Betreten waren drei Arbeitnehmer anderer Industrien. Es war aber nach Aussage des Vorsitzenden nicht möglich, einen Arbeitgeber auszusuchen, und so trat wieder ein Schiefergrubendirektor ein. Unser und der christliche Schiefergrubendirektor erklärten die Besetzung nicht an. Der christliche Gewerksvereinsführer Altmeyer war mit der Besetzung einverstanden, falls auch ein Arbeitnehmer aus der Industrie eintreten könnte. Dies zugefagt und nach einem Befrag, sagte Altmeyer: „Ich habe erlauben ... mitgebracht.“ Es war natürlich wieder ein über Lage beschäftigter christlicher Gewerksvereiner und einer der größten Feinde der Untertagszulage. Der Schiedsspruch lautete auf 47 Prozent Erhöhung der Fernarbeitslöhne für Januar. Die Untertagszulage wurde überhaupt nicht besprochen. Wann werden die Mitglieder des christlichen Gewerksvereins, die zu 50 Prozent unterirdisch beschäftigt sind einsehen, daß sie durch den Fallfall ihrer Vertreter an der Nase herumgeführt werden! Sie werden wohl, bis sie Hörner kriegen, nicht um damit zu stoßen, sondern um „Wuß“ machen zu können.

Das gute „Einvernehmen“ Altmeyers mit den Unternehmern, Kameraden, bringt euch wieder genärende noch rasch Vorklagensachen; auch nicht die Berechnete Untertagszulage. Arbeiter, Blätter ihr? Einein in die Organisation, die über dem Tisch Karten spielt, in den Bergarbeiterverband! J. G.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Ein Relaisfall kommunistischer Brudhänse.

Eine Konferenz der kommunistischen Bergarbeiter Mitteldeutschlands hatten die Moskauer am 18. Februar nach Halle einberufen. Lange über die festgesetzte Zeit hinaus mußten die Herrschaften warten, ehe für die 152 000 Bergarbeiter Mitteldeutschlands sage und schreibe zwanzig Delegierte erschienen waren, unter denen sich noch fünf nichtkommunistische Herrschaften befanden. In einem Bericht des Haller „Volksworts“ heißt es über die Konferenz:

„Die KPD. braucht sich nunmehr auch nicht zu wundern, wenn zweifelhaft Subjekte in ihr ein Spiegelbild erbilden, nachdem der „Klassenkampf“ dieses Handwerk als große Tat dokumentiert hat. Jenes Treiben hat die mitteldeutschen Bergarbeiter schon längst angewidert und sie haben durch ihr Fernbleiben der KPD. die einzig richtige Antwort gegeben. Je mehr die Kommandirenden von Moskau die Bergarbeiter gegen ihre Organisation behen, um so treuer werden die Bergarbeiter zu ihrem Verbands stehen. Es ist, wie es immer war: Reaktionäre Arm in Arm mit den Kommunisten unter der Parole: „Raumt auf mit dem Bergarbeiterverband!“ Die Kumpels haben die Lösung richtig verstanden. Sie haben bewiesen, daß sie Manns genug sind, sich nicht zum Lohngraber ihres Verbandes herzugeben.“

In welchem Gegenstand das Gezeire des „Klassenkampf“ zur Wahrheit stellt, erzählt man am besten aus einem Schreiben der KPD. Abteilung Gewerkschaften, Gruppe Bergbau, vom 27. Januar 1923. Dort heißt es u. a. hinsichtlich der bevorstehenden Betriebsratswahlen im Bergbau wörtlich: „Eigene kommunistische Listen können nicht in Frage kommen, da unsere Kraft nicht ausreicht, um eventuellen Ausschüssen aus dem Bergarbeiterverband den notwendigen Widerstand entgegenzusetzen zu können.“

Und in einem weiteren Abzuge heißt es gleichfalls wörtlich: „In all den Fällen, wo es uns auf Grund unserer Schwäche nicht möglich ist, unsere Kandidaten an aussichtsreicher Stelle auf die Liste des Bergarbeiterverbandes zu bringen, müssen unsere Genossen für die von der Union aufgestellten Kandidaten stimmen.“

Das teilt die KPD. ihren Funktionären vertauselt mit, in ihrer Presse und in ihren Versammlungen aber behauptet sie wieder besseres Wissen, fünf Minuten vor der wirtschaftlichen und politischen Machtübergabe zu stehen. Sie behauptet weiter bei jeder Gelegenheit, die beste Stütze der Gewerkschaften zu sein (!), und hier treibt sie ihre Anhänger zur Union.

Daraus mögen die Bergarbeiter ersehen, wie es um die Stärke der KPD. bestellt ist, daß ihre Tätigkeit Verleumdung in die Arbeiterschaft trägt, die nur den Werksbetreibern zu gute kommt. Daß heute auf einer ganzen Reihe von Werken die Beamten in oft rücksichtsloser Weise gegen Betriebsräte und Arbeiter vorgehen, ist nur dem organisationszerstörenden Treiben der KPD. Führer zu verdanken, die vertraulich den Zerfall der KPD. zugeben, gegenüber den Massen aber nicht den Mut haben, sich in Reich und Geld mit den erspähten Kumpeln der freien Gewerkschaften zu stellen.

Ein verlogener Unionist.

Der Angestellte der Union, Hugo Joachim, hat in einem Belegschaftsversammlung der Wilschitzer Braunkohlenbergwerke im Volkshaus Borna am 20. Februar d. J. folgende Ausführungen gemacht:

„Der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, Herr Behrens, in Halle, hat seine Unterschrift auf einen Ausbaugegen, auf welchem gesagt wird, daß derjenige, der keine Sonntags- oder Ueberstunden verfährt, diese vom Urlaub gekürzt bekommt.“

Ich erkläre dem Hugo Joachim so lange für einen ehrlosen Verleumder, bis daß er für seinen Ausbruch den Wahrheitsbeweis erbracht hat. Behrens,

Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, Halle a. S.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Betriebsleitung auf der Gleiwitzer Grube.

Auf der Gleiwitzer Grube ist am 26. Februar ein Kesselbruch entstanden, der zur Stilllegung des Untertagebetriebes führte. Dieser Grube bürgte es wohl als einziger passierender, daß infolge Kesselbruchs der ganze Betrieb stillgelegt werden muß. Das aber nur wegen zu übereifriger Sparens an falscher Stelle. Das kann aber nur passieren, wenn man am verkehrten Ende zu sparen anfängt. Schon immer haben wir gesagt, daß sich die Verwaltung kaputt spart. Aber letzten Endes sind ja doch die Arbeiter die Leidtragenden.

Bereits unter der Leitung des Direktors Winauer sind die im Betrieb befindlichen Kessel durch jahrelange Abnutzung so schadhafte geworden, daß der Einbau neuer Kessel erfolgen sollte. Direktor W. hatte die Vorarbeiten hierzu gerade beendet, als er von der Anlage überufen wurde. Zwei neue noch vom Direktor W. beschaffte Kessel blieben im Freien liegen. Die neue Betriebsleitung begünstigte sich immer noch mit Reparaturen an den alten Kesseln, beugte dabei dadurch Millionen und machte bessere Zeiten ab. Nun endlich entschloß man sich, die neuen Kessel einzubauen. Aber knauserig, wie die Verwaltung nun einmal ist, wurden die Arbeiten so in die Länge gezogen, daß sie tatsächlich heute noch nicht beendet sind, obwohl sie bereits vor einem halben Jahre in Angriff genommen wurden.

Von den Gewerkschaften und Betriebsräten sind zur Behebung der Rohlennot Ueberwachungen abgeschlossen worden. Die Gleiwitzer Grube muß aber jetzt infolge der unfröhlichen Sparmaßnahmen Betriebsräten einlegen. Auch vom Betriebsrat ist schon zu wiederholten Malen auf die Nachteile besserer Sparerei hingewiesen worden. Es muß alles nichts. Daß Deutschland infolge Rohlenknappheit zusammenbrechen, das stört die Verwaltung der Gleiwitzer Grube nicht.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 11. Woche (vom 11. bis 17. März 1923) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Bücherei.

Menge. Die Bibliothek befindet sich in der Gemeindepflichtsamt Hermann, Ammerstraße; dort findet jeden Sonntag von 12-1 Uhr die Ausgabe der Bücher statt.

Somborn. Die Bibliothek befindet sich beim Kameraden Heinz Schur. Ausgabe der Bücher jeden Sonntagvormittag.

Krankengeldauszahlung.

Morsbach (Nachen). Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, beim Kameraden Wallmann, Gouletstraße 76.

Arbeitssekretariat Gelsenkirchen. Die Sprechstunden in Matenfisch 1b jeden Mittwoch von 3-5 Uhr und jeden Donnerstag in Wanne um dieselbe Zeit finden wieder vom 14. d. M. ab regelmäßig statt. Das Arbeitssekretariat in Gelsenkirchen ist von diesem Tage ab Mittwoch, Donnerstags und Samstag nachmittags geschlossen.

Knappheitsältestenkommission Bochum.

Am Sonntag, den 18. März, nachmittags 3 Uhr: Quartalsversammlung im Bergarbeiterheim in Bochum.

König Kohle.

Roman aus dem amerikanischen Bergarbeiterleben. — 250 Seiten. Uvragpreis für Miltl. 300 Mk.